

**Bericht der Bundesregierung über den G8-Gipfel in Deauville
vom 26. - 27. Mai 2011**

Vom 26. bis 27. Mai 2011 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G8 im französischen Deauville. Im Mittelpunkt des Gipfeltreffens standen die Beratungen über die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der Reformen in Nordafrika und der arabischen Welt („Arabischer Frühling“). Auch mit der aktuellen Lage der Weltwirtschaft, einschließlich den Möglichkeiten für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der WTO, hat sich die G8 befasst. Breiten Raum nahm weiterhin die Aussprache über die nukleare Sicherheit ein. Die G8 bekräftigte, dass sie sich für weltweit höchstmögliche Sicherheitsstandards der Nukleartechnik einsetzt. Deutschland setzte sich bei der Klimafrage nachdrücklich dafür ein, dass die G8 ein deutliches unterstützendes Signal für den Fortgang der internationalen Klimaverhandlungen sendet. Die Staats- und Regierungschefs erörterten auch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Aspekte der Zukunft des Internets. Darüber hinaus wurde auf dem Gipfel die Partnerschaft der G8 mit Afrika bekräftigt.

2012 werden die Vereinigten Staaten von Amerika die G8-Präsidentschaft übernehmen.

„Arabischer Frühling“

Im Mittelpunkt der Beratungen der Staats- und Regierungschefs, an denen zu diesem Thema auch die Premierminister von Ägypten und Tunesien sowie der Generalsekretär der Arabischen Liga teilgenommen haben, standen die Umbrüche in der arabischen Welt und im Nahen Osten („Arabischer Frühling“). Die G8 rief die **„Deauville Partnerschaft“** ins Leben, um die sich zu freien und demokratischen Gesellschaften wandelnden Staaten in der Region – beginnend mit Ägypten und Tunesien – zu unterstützen. Diese Partnerschaft soll einen Beitrag zum angelaufenen Demokratisierungs- und Reformprozess leisten und einer wirtschaftlichen Instabilität entgegenwirken.

Die im Rahmen der „Deauville Partnerschaft“ zu ergreifenden konkreten Maßnahmen werden in den kommenden Monaten mit den Partnerstaaten auf Grund-

lage ihrer jeweiligen nationalen Ziele und Fortschritte erarbeitet. Folgende Elemente stehen im Fokus:

- Stärkung des Wachstums durch intensivere Einbindung der Region in die Weltwirtschaft. Die G8 hat ihre Unterstützung für einen **Ausbau von Handel und Investitionen** durch mehr Marktöffnung und für einen Prozess zunehmender regionaler Integration angeboten.
- Die **Förderung der Ausbildung sowie der beruflichen Fortbildung** wird einen Schwerpunkt der G8-Aktivitäten zur Unterstützung der Modernisierung der Volkswirtschaften in der Region bilden. Deutschland hat sich bereit erklärt, hierzu in Form einer „Partnerschaft für Beschäftigung“ unter Einbeziehung von Unternehmen und Gewerkschaften auf beiden Seiten beizutragen.

Für die Deauville-Partnerschaft strebt die G8 eine enge Kooperation mit weiteren Partnern wie Drittstaaten, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft an. Eine zentrale Rolle kommt dabei den relevanten multilateralen Institutionen (internationale Finanzinstitutionen, multilaterale Entwicklungsbanken) zu, die die G8 zu einer Anpassung ihrer Prioritätensetzung sowie zu zeitnahen und koordinierten Anstrengungen aufgerufen hat. Die G8 hat sich für eine **Ausweitung des geographischen Mandats der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** ausgesprochen, um deren besondere Erfahrung beim Aufbau privatwirtschaftlicher Strukturen zu nutzen.

Weltwirtschaft

Den G8-Gipfel in Deauville nutzten die Staats- und Regierungschefs zum intensiven und vertraulichen Austausch zur aktuellen Lage der Weltwirtschaft. Der japanische Premierminister informierte über die Lage in **Japan** nach der Naturkatastrophe. Die G8-Staats- und Regierungschefs hoben hervor, dass sich die Weltwirtschaft bereits deutlich von der Krise erholt hat, gleichwohl aber noch Risiken verbleiben. Die gemeinsame Zielsetzung, ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum durch eine entsprechende makroökonomische Politik zu erreichen, wurde betont. Um die Weltwirtschaft zu einem neuen Gleichgewicht zu führen, ist sowohl eine geringere Verschuldung in vielen Staaten – konkret angesprochen wurde die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung der **USA** –

als auch eine Stabilisierung der **Eurozone** anzustreben. Die G8-Staatschefs bekräftigten ihre Unterstützung für die Agenda der **G20**, die Ursachen für globale Ungleichgewichte zu analysieren und eine Reform des internationalen Währungssystems anzustoßen. Auch die Volatilität von Rohstoffpreisen als ein Risiko für die Weltwirtschaft wurde erörtert.

Breit diskutiert wurden die Möglichkeiten, die **Doha-Runde** der Welthandelsorganisation (WTO) zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die G8 unterstrich die Bedeutung freier und offener Märkte für die Weltwirtschaft, insbesondere die Bedeutung des Handels für Wachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Der Fortgang der Verhandlungen zum Abschluss der Doha-Runde wurde als unbefriedigend eingestuft. Die G8-Erklärung sendet erneut ein nachdrückliches Signal zum Abschluss der Doha-Runde, wobei alle Optionen für einen erfolgreichen Abschluss zu prüfen sind. Dafür hatte sich insbesondere Deutschland eingesetzt. Schließlich wurden auch die Fortschritte Russlands mit Blick auf dessen WTO-Beitritt begrüßt.

Neues Wachstumspotenzial sieht die G8 vor allem in den Bereichen **Innovation und Ausbau der Wissensgesellschaft**. Die G8 konstatierte eine schnellere Entstehung und Verbreitung von Innovationen. Vor diesem Hintergrund soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure gestärkt werden. Gleichzeitig wurde die Bedeutung eines klaren Systems bei der Durchsetzung von Eigentumsrechten herausgestellt. Die OECD, die bereits an vergleichenden internationalen Studien arbeitet, soll aussagefähige Methoden zur Messung der Innovationskraft entwickeln.

„**Grünes Wachstum**“ als essentielles Element eines nachhaltigen weltweiten Wachstums erhöht die Ressourceneffizienz, trägt zum Klimaschutz bei und schafft neue Arbeitsplätze. Die G8 verweist in der Gipfelerklärung auf die von der OECD entwickelte Strategie zum „Grünen Wachstum“. Weiterhin betonte die G8 ihre Unterstützung für die VN-Konferenz im Juni 2012 zur nachhaltigen Entwicklung in Rio.

Nukleare Sicherheit

Vor dem Hintergrund der Katastrophe in Japan und dem Bericht des japanischen Premierministers hat sich die G8 intensiv mit der Frage beschäftigt, wie die nukleare Sicherheit global verbessert werden kann. Deutschland hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass weltweit die **höchstmöglichen Sicherheitsstandards** durchgesetzt sowie **periodische und intensive Sicherheitsüberprüfungen aller Kernkraftwerke** durchgeführt werden sollen. Die G8-Staats- und Regierungschefs diskutierten darüber, welche Lehren aus den japanischen Erfahrungen zu ziehen seien und tauschten sich über die verschiedenen nationalen Wege aus. Einig waren sich die G8 Staats- und Regierungschefs darin, wie wichtig eine internationale Kooperation in Fragen der nuklearen Sicherheit, des Krisenmanagements und der Transparenz ist. Sie riefen dazu auf, die Ressourcen der Internationalen Atomenergiebehörde **IAEA** entsprechend zu nutzen. An Länder, die die einschlägigen internationalen Konventionen zur nuklearen Sicherheit noch nicht ratifiziert haben, wird appelliert, sich diesen Konventionen schnellstmöglich anzuschließen. Die G8-Erklärung begrüßt die Ankündigung der IAEA, im Juni 2011 eine Ministerkonferenz zur nuklearen Sicherheit durchzuführen.

Vor dem Hintergrund der Katastrophe in **Tschernobyl** vor 25 Jahren wurden die durchgeführten Maßnahmen sowie die weitere finanzielle Unterstützung einzelner Geber und der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gewürdigt.

Klimapolitik

Die globale Herausforderung, die Klimaerwärmung auf einen weltweiten Anstieg von maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, wurde erneut von der G8 unterstrichen. Die G8-Staaten bekräftigten ihre eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion der globalen Emissionen: Bis 2050 sollen die weltweiten Emissionen um mindestens 50 % sinken. Dabei verweist die G8 sowohl auf ihre eigene Verantwortung als auch auf die weiterer großer Emittenten. Die G8 hat ihre Unterstützung für die internationalen Klimaverhandlungen unter dem Mandat der VN und eine erfolgreiche **Vertragsstaatenkonferenz in Durban/Südafrika** Ende des Jahres ausgedrückt und sich abermals zu den Übereinkommen von Cancún (COP 16) und Kopenhagen (Copenhagen Accord) bekannt. Am Ziel eines umfassenden, effektiven und verbindlichen Abkommens für den Klimaschutz in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls unter Einbeziehung aller großen Emittenten

wird festgehalten. Deutschland hat sich nachdrücklich für ein positives Signal mit Blick auf die Durban-Konferenz (COP 17) eingesetzt und wird weiter dazu beitragen, die internationalen Klimaverhandlungen auch im Kreis der G20 voranzutreiben.

Die G8 betonte die Bedeutung von **Biodiversität**; die Beschlüsse der erfolgreichen VN-Konferenz in Nagoya/Japan müssen nun operationalisiert werden.

Internet

Unmittelbar vor dem G8-Gipfel waren in Paris Vertreter aus dem Unternehmenssektor, der Wissenschaft und weitere Internet-Stakeholder zu einer Konferenz zusammengetroffen, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Aspekte der weiteren Entwicklung des Internets zum Gegenstand hatte („**eG8-Forum**“). Bei diesem Forum wurde insbesondere das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial des Internets sowie die Bedeutung von sicheren und stabilen Netzwerken herausgestellt und für eine **Förderung von Investitionen des Privatsektors in den Ausbau von (insb. Breitband-) Netzen** geworben. In einer Diskussion der Staats- und Regierungschefs mit einigen Internet-Unternehmen während des G8-Gipfels wurden weitere Aspekte wie **Datenschutz, Regulierung von Internetinhalten, Schutz von Urheberrechten im Internet, diskriminierungsfreier Zugang sowie Besteuerung von Transaktionen** im Internet angesprochen. In der Gipfelerklärung hat sich die G8 zu den Grundsätzen von Offenheit, Transparenz und Freiheit des Internets bekannt und bekräftigt, dass auch im Internet der Schutz der Menschenrechte gewährleistet sein muss. Die G8 hob die Rolle hervor, die den Staaten bei der **Gewährleistung dieser Rahmenbedingungen** durch nationale Politiken sowie durch internationale Kooperation zukommt.

G8-Afrika-Partnerschaft

Die G8 erneuerte in Deauville bei einem Treffen mit Algerien, Ägypten, Äthiopien, Nigeria, Senegal sowie Südafrika und dem Präsidenten der Kommission der Afrikanischen Union (AU) ihre Partnerschaft mit Afrika. Die besondere Bedeutung dieser Partnerschaft zeigte sich daran, dass die G8 erstmals mit den afrikanischen

Partnern eine **gemeinsame Erklärung** verabschiedete, auch wenn einige umstrittene Themen letztlich ausgeklammert blieben. Sie kam auch in der Anwesenheit der vor kurzem in demokratischen Wahlen bestimmten Präsidenten der Elfenbeinküste, Guineas und Nigers zum Ausdruck.

Gegenstand der Beratungen war die **Zusammenarbeit bei der Bewältigung einer Reihe von Krisen auf dem afrikanischen Kontinent**. Dabei wurde das starke Interesse insbesondere auch der afrikanischen Partner an einem raschen Ende der Auseinandersetzungen in Libyen deutlich. Ein weiteres Thema war die bevorstehende Staatsteilung in Sudan, wobei von afrikanischer Seite die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Existenzfähigkeit beider Staaten gelenkt wurde. Im Zusammenhang mit der Situation in Somalia kamen Probleme wie Piraterie und Drogenschmuggel zur Sprache, die durch das Fehlen staatlicher Autorität begünstigt werden.

Daneben widmete sich die G8 gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern den Entwicklungschancen, die sich aus einer **Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** ergeben können. Beim Gipfel wurden wichtige Faktoren wie zum Beispiel verstärkte regionale Integration, verbesserte Attraktivität für Direktinvestitionen, Zugang zu Energie sowie eine transparente und entwicklungsorientierte Verwendung der wachsenden Einnahmen aus dem Rohstoff-Sektor erörtert. Hierzu wurde die vollständige Umsetzung der Extractive Industry Transparency Initiative (EITI) zugesagt.

Entwicklungspolitik

Die G8 bekräftigte in Deauville ihre früheren Zusagen im Bereich Entwicklung. Ausdrücklich erwähnt wurden in diesem Zusammenhang u.a. die Zusagen betreffend ODA, zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (speziell die Muskoka-Initiative zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren), zur Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie zur L'Aquila Food Security Initiative. Die G8 rief dazu auf, beim Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit im November 2011 in Busan die Aid Effectiveness Agenda zu überprüfen und betonte die Notwendigkeit einer

verstärkten Ergebnisorientierung von Entwicklungszusammenarbeit und –politik. Damit wurden wichtige deutsche Anliegen in der Gipfelerklärung berücksichtigt.

G8-Rechenschaftsbericht

Nach dem Gipfel in Muskoka 2010 wurde auch zum Gipfel in Deauville wieder ein **Bericht über die Umsetzung zentraler Gipfelzusagen** im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt, der im Jahr 2011 speziell die Zusagen zu den Bereichen Ernährungssicherung und Gesundheit zum Gegenstand hatte. Der Bericht zeigt auf, dass die G8-Staaten – zusammen mit anderen Gebern – auf gutem Wege sind, ihre 2007 in Heiligendamm zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und zur Stärkung von Gesundheitssystemen sowie die 2009 im Rahmen der „L’Aquila Food Security Initiative“ gemachten Zusagen umzusetzen. Der Bericht unterstreicht die Rolle der G8 als Katalysator und Impulsgeber für die internationale Prioritätensetzung und für die Mobilisierung von Finanzmitteln.

Die zuvor bereits erwähnte G8-Afrika-Partnerschaft ist Gegenstand eines von den afrikanischen Partnern zum Gipfel vorgelegten Rechenschaftsberichts, der sowohl die Umsetzung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen behandelt als auch zu den G8-Zusagen Stellung nimmt. Dieser **Prozess der gegenseitigen Rechenschaftslegung** wurde beim Gipfel begrüßt.

Außen- und sicherheitspolitische Themen

In einer vertraulichen Aussprache zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen befassten sich die Staats- und Regierungschefs u.a. mit den sicherheitspolitischen Aspekten der **Umbrüche in Nordafrika, dem Stand des Nahost-Friedensprozesses und der Lage in Libyen und Syrien. Weitere Themen waren die Situationen in Afghanistan, Pakistan, Jemen, Zimbabwe, Iran und Nordkorea.**

Hinsichtlich der Situation in **Libyen** verlangte die G8 in ihrer Erklärung ein Ende der vom Regime gegen Zivilisten verübten Gewalt und stellte fest, dass Gaddafi in einem freien und demokratischen Libyen keine Zukunft hat. Gleichzeitig bietet die G8 dem libyschen Volk ihre Unterstützung beim politischen Übergang an.

Die **syrische** Führung wird von der G8 aufgefordert, Gewalt und Einschüchterungen gegenüber der Bevölkerung zu unterlassen sowie alle politischen Gefangenen freizulassen.

Die G8 ruft die Parteien des **Nahost-Friedensprozesses** zu einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen auf und betont, dass dabei das Streben der Palästinenser nach einem souveränen und lebensfähigen Staat ebenso beachtet werden muss wie das Interesse von Israel an Sicherheit und regionaler Integration.

Die G8 hat beschlossen, die 2002 etablierte **Globale Partnerschaft** gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen über das Jahr 2012 hinaus zu verlängern. Der thematische Tätigkeitsbereich sowie der Teilnehmerkreis sollen erweitert werden; über die Identifizierung und Finanzierung von Projekten kann künftig auf nationaler Basis entschieden werden.

Die **Bekämpfung des Terrorismus** soll auch nach dem Tod von Osama bin Laden eine Priorität der G8 bleiben; die Erklärung bekräftigt dabei die Bedeutung einer umfassenden Strategie, die sowohl Sicherheit als auch entwicklungsorientierte Aspekte beachtet und die Beachtung der Menschenrechte gewährleistet.

Die Staats- und Regierungschefs der G8 bestätigten die bei der Ministerkonferenz am 10. Mai 2011 angenommene Erklärung und den Aktionsplan zum **Transatlantischen Kokainschmuggel**.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen zudem, zum nächsten G8-Gipfel im Jahr 2012 unter der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenzutreffen.